

Erleben von Angst und Bedrohung durch Fremdenfeindlichkeit

Einflussfaktoren und Bewältigungsstrategien

Diana Braakmann/Edith Enzenhofer (Wien)

Diana Braakmann/Edith Enzenhofer: *Erleben von Angst und Bedrohung durch Fremdenfeindlichkeit – Einflussfaktoren und Bewältigungsstrategien* (S. 83–104)

Ziel des vorliegenden Artikels ist es, die Bedeutung und den Einfluss fremdenfeindlicher Erlebnisse auf das Angst- und Bedrohungserleben von MigrantInnen herauszuarbeiten. Folgende Fragestellungen sind hierbei wesentlich: In welchen Lebensbereichen und in welcher Form sind MigrantInnen mit Fremdenfeindlichkeit konfrontiert? Welche emotionale Bedeutung haben diese Erlebnisse für die Betroffenen? Den qualitativen Interviews unserer Studie zufolge stellen fremdenfeindliche Erfahrungen eine erhebliche emotionale Belastung für Menschen mit Migrationshintergrund dar. Ein besonderes Risiko, diskriminierenden Handlungen ausgesetzt zu sein, besteht bei sichtbaren oder hörbaren Zeichen von »Fremdheit«. Politische EntscheidungsträgerInnen sind gefordert, ihre Handlungsmöglichkeiten sowohl für die Beeinflussung des politischen Diskurses – inklusive der Ablehnung politischer Hetze – als auch für die Gestaltung konkreter Unterstützungsangebote zu nutzen, um dem Erleben von Angst und Bedrohung bei MigrantInnen entgegenzuwirken.

Schlagerworte: MigrantInnen, Fremdenfeindlichkeit, Angst, Bedrohung, Bewältigung

Diana Braakmann/Edith Enzenhofer: *Experience of Anxiety and Threat of Xenophobia – Impact Factors and Coping Strategies* (pp. 83–104)

This article focuses on analysing the effects of xenophobic experiences on the perception of anxiety and threat by migrants. The main questions refer to different forms of xenophobia that migrants are confronted with and on the spheres of life where they are affected by xenophobia. Especially the emotional impact of these experiences is being investigated. According to qualitative interviews, xenophobic experiences imply a significant emotional burden for migrants. Those who possess visible or audible characteristics of »being different« are at an exceptionally high risk of being exposed to discriminating incidents. Political decision makers should take the challenge to influence the political discourse, including the refusal to engage in political agitation, and to foster structural changes for developing support services that aim at counteracting the experience of anxiety and threat in the migrant population.

Keywords: migrants, xenophobia, anxiety, threats, coping

1. Einführung und Relevanz des Themas

Der Artikel hat zum Ziel, den Einfluss von fremdenfeindlichen Erlebnissen auf das Angst- und Bedrohungserleben von MigrantInnen darzustellen. Es soll ein Beitrag geleistet werden, der explizit von dem in Medien und Politik vorherrschenden sicherheitspolitischen Diskurs abzugrenzen ist, in welchem MigrantInnen zumeist einseitig und vorurteilsbehaftet als Bedrohung für die Aufnahmegesellschaft angesehen werden.

Das Material der vorliegenden Arbeit ist der thematisch breiter angelegten Studie SALOMON Next Step¹ (Enzenhofer u. a. 2009) entnommen, die sich erstmals für Österreich in umfassender Weise mit dem Angst- und Bedrohungserleben von MigrantInnen beschäftigte. Erfahrung mit Fremdenfeindlichkeit erwies sich dabei als einer der wesentlichsten Faktoren, der sich entscheidend auf das Erleben von Unsicherheit, Angst und Bedrohung auswirkt.

Den Kern der Studie bildete eine qualitative Befragung von 36 Personen mit Migrationshintergrund (d. h. sie selbst oder ihre Eltern sind nach Österreich zugewandert). Das Erleben von Angst und Bedrohung wurde hierbei als komplexes Geschehen verstanden, dessen Entstehung und Aufrechterhaltung von mehreren Faktoren bedingt ist. Um den Blick für die Handlungsmöglichkeiten von MigrantInnen zu schärfen, wurden neben Risikokonstellationen auch persönliche Bewältigungsstrategien und Ressourcen (z. B. soziale Netzwerke) erfasst. Die Ergebnisse dienen dazu, Empfehlungen zu entwickeln, um die Arbeit von EntscheidungsträgerInnen sowie Unterstützungssystemen in den Bereichen Migration und Integration zu verbessern. Darüber hinaus wurden Anregungen für die weitere Gestaltung von Forschungsarbeiten entwickelt.

Nach einer kurzen Einführung in die theoretische Perspektive der Studie und nach Begriffsklärungen (Kap. 2–3) erfolgt eine Beschreibung des methodischen Designs und der Durchführung der Untersuchung (Kap. 4). Kapitel 5 stellt Themen dar, die sich in der Analyse der Interviews als besonders relevant für das Erleben von Angst und Bedrohung durch Fremdenfeindlichkeit erwiesen. Daraus werden Empfehlungen für Politik und praktische Unterstützungsmaßnahmen im Bereich Migration und Integration abgeleitet sowie schließlich ein Ausblick auf den wünschenswerten gesellschaftspolitischen Umgang mit Fremdenfeindlichkeit vermittelt (Kap. 6–7).

2. Erleben von Angst und Bedrohung – ein multifaktorielles Geschehen

Als theoretischer Bezugspunkt für die Analyse von Unsicherheit, Angst und Bedrohung aus der Perspektive von MigrantInnen diene die Konzeption der komplexen

1 Das Forschungsprojekt SALOMON Next Step wurde im Rahmen des österreichischen Sicherheitsforschungs-Förderprogramms KIRAS (www.kiras.at) – einer Initiative des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) – vom Forschungsinstitut des Roten Kreuzes in Kooperation mit der Sigmund Freud PrivatUniversität und SORA – Institute for Social Research and Analysis im Zeitraum von Juli 2008 bis Dezember 2009 durchgeführt. Siehe dazu: Enzenhofer u. a. (2009), verfügbar unter: http://www.roteskreuz.at/fileadmin/user_upload/LV/Wien/Metanavigation/Forschungsinstitut/MitarbeiterInnen%20+%20Projektberichte/SALOMON%20Next%20Step%20Projektendbericht.pdf, 29.1.2010.

Unsicherheit nach Reinprecht (2006, 26). Reinprecht unterscheidet die drei Dimensionen *Ungesicherheit*, *Ungewissheit* und *Ungeschützttheit*:

- *Ungesicherheit* umfasst rechtliche, soziale und materielle Aspekte der Unsicherheit.
- *Ungewissheit* bezieht sich auf Faktoren der fehlenden Planbarkeit und Antizipierbarkeit der Zukunft.
- *Ungeschützttheit* schließlich beschreibt das Ausgesetzt-Sein gegenüber Übergriffen und Gefährdungen.

In allen drei Dimensionen sind vielfältige Faktoren zu identifizieren, die das Erleben von Unsicherheit, Angst und Bedrohung bei MigrantInnen beeinflussen. Diese können entweder zeitlich überdauernd und stabil bestehen (z. B. Aufenthaltsstatus, finanzielle Not) oder aber akut aktiviert werden (z. B. in Form eines fremdenfeindlichen Erlebnisses in öffentlichen Verkehrsmitteln wie etwa in der U-Bahn).

Zeitlich überdauernde und akut aktivierte Einflussfaktoren stehen in enger Wechselwirkung miteinander. So kann beispielsweise das Erleben fremdenfeindlich bedingter Diskriminierung im öffentlichen Raum dazu führen, dass bei den Betroffenen im Sinne eines überdauernden Erlebens eine anhaltende Angst vor weiteren ähnlichen Erlebnissen entsteht. Schützende Faktoren wie die Verfügbarkeit von persönlichen Ressourcen und Bewältigungsstrategien können das Ausmaß des Erlebens von Angst und Bedrohung mildern. Auch dieser Einfluss ist nicht statisch, sondern als Prozess zu verstehen.

3. Begriffsklärungen

Da für die Begriffe »Fremdenfeindlichkeit«, »rassistische Diskriminierung«, »Angst« und »Bedrohung« sowie »Bewältigung« zahlreiche Definitionen vorliegen, soll zunächst eine Klärung dieser Begriffe vorgenommen werden, die zentral für das Verständnis der bearbeiteten Thematik sind.

Nach Heß (1996, 21–22) soll »Fremdenfeindlichkeit (...) die Ausgrenzung oder Diskriminierung von Menschen und Menschengruppen genannt werden, die durch bestimmte Kriterien als ›fremd‹ stigmatisiert sind. Diese Kriterien, die im allgemeinen Unterschiede des Aussehens, der Herkunft, der Sprache und sonstiger sozialer Verhaltensweisen umfassen, werden normalerweise kulturalistisch² begründet. Fremdenfeindliche Diskriminierung kann sowohl durch Ausschluss von bestimmten Dienstleistungen oder Positionen erfolgen als auch durch verbale oder körperliche Aggression.«

»Rassistische Diskriminierung« ist jegliche Form von Benachteiligung eines Menschen und/ oder einer Gruppe aufgrund der Hautfarbe, der Sprache, des Aussehens, der Religionszugehörigkeit, der Staatsbürgerschaft oder der Herkunft (ZARA 2009).

2 »Kulturalistischer Rassismus« betont die kulturell bedingte »Verschiedenheit« von nationalen Mehrheiten und Gruppen von MigrantInnen zur Rechtfertigung von Diskriminierung (Çinar 1999). »Kulturalismus« wird auch als ein »Rassismus ohne Rassen« bezeichnet, der den Begriff »Rasse« aufgibt, ohne dass die Schärfe der Abwertung und Ausgrenzung des »Anderen« verloren geht (Magiros 2004).

»Angst« stellt »einen Zustand dar, welcher durch Anspannung, Besorgtheit, Nervosität, innere Unruhe und Furcht vor zukünftigen Ereignissen gekennzeichnet ist.« Physiologische Entsprechung ist eine erhöhte Aktivität des autonomen Nervensystems (Häcker/Stapf 1998, 41). Nach Spielberger (1972, 481–484) lassen sich hierbei die aktuell aktivierte Emotion Angst und eine grundsätzlich erhöhte Ängstlichkeit unterscheiden. Beide Formen spielen eine Rolle für den vorliegenden Beitrag.

»Bedrohung« wird in diesem Zusammenhang als Sonderfall der Angst betrachtet, der mit einer konkreten Furcht vor einem Ereignis, einer Person oder Gruppe oder dem Eintreten oder Anhalten einer Situation verbunden ist.

Eine »Bewältigungsstrategie« bezeichnet die Art des Umgangs mit einem als bedeutsam und schwierig empfundenen Lebensereignis oder einer Lebensphase. Es kann zwischen adaptiven (funktionalen) und maladaptiven (dysfunktionalen) Bewältigungsstrategien unterschieden werden. Adaptive Strategien tragen zu einer langfristigen und nachhaltigen Lösung eines Problems bei, während bei maladaptiven Bewältigungsstrategien der Ablenkungscharakter im Vordergrund steht. Lazarus (1966) unterscheidet in seinem Stressmodell zwei große Dimensionen der Bewältigung: Problemorientierte und emotionsorientierte Bewältigung. Problemorientierte Bewältigung umfasst direkte Handlungen, die zur Lösung eines Problems führen, oder die Suche nach Informationen, die für die Lösung wichtig sein können. Emotionsorientierte Bewältigung besteht aus Anstrengungen, die negativen emotionalen Reaktionen auf Stress abzubauen, indem beispielsweise Ablenkung von Problemen und Entspannung angestrebt wird.

Wirkungsvolle Bewältigungsstrategien können gemäß dem Modell in Abhängigkeit von der Situation variieren (Lazarus/Folkman 1984). Den Ergebnissen der vorliegenden Studie zufolge sind beide Dimensionen der Bewältigung für MigrantInnen von Relevanz und werden aktiv angewendet.

4. Methodik der Studie

4.1 *Samplingkriterien*

Aufgrund der spezifischen Fragestellung der Studie (Bedrohungs- und Angsterleben) wurden Samplingkriterien (Kriterien für die Auswahl der Befragten) gewählt, die sich nicht primär am Herkunftsland ausrichten, sondern an konkreten Unsicherheitskonstellationen, Risikopotenzialen und soziodemographischen Faktoren orientieren. Insbesondere die Kategorien Ungesicherheit und Ungeschützttheit des komplexen Unsicherheitsbegriffs nach Reinprecht (2006; siehe Abschnitt 2) dienen zur Ableitung derartiger Kriterien. Unter Berücksichtigung arbeitsökonomischer Erwägungen (Maximum von realisierbaren Interviews) wurden die folgenden vier Samplingkriterien verwendet:

– *Aufenthaltsrechtlicher Status (drei Abstufungen)*

Der aufenthaltsrechtliche Status bildet insofern eine wesentliche Auswahlkategorie, als er mit einer Vielzahl weiterer Unsicherheitsaspekte unmittelbar verknüpft ist. Für den Forschungszweck wurde die juristische Komplexität auf drei Abstufungen von

maximaler Gesicherheit (zweite Generation³, Eingebürgerte, anerkannte Flüchtlinge), mittlerer Gesicherheit (Studierende, Familienangehörige ohne eigenständigen Aufenthaltstitel, subsidiär Schutzberechtigte⁴) und maximaler Ungesicherheit (AsylwerberInnen, undokumentierte MigrantInnen) reduziert.

– *Geschlecht (zwei Abstufungen)*

Da anzunehmen war, dass sich migrationsspezifische Unsicherheitsfaktoren und Bedrohungspotenziale für Frauen anders gestalten als für Männer, wurde das Geschlecht als zentrale Auswahlkategorie einbezogen.

– *Alter (drei Abstufungen)*

Um Kohorten- oder Generationseffekte abbilden zu können, aber auch um spezifische Risiken im Alter zu berücksichtigen, wurden drei Altersgruppen befragt (bis 25 Jahre, 26 bis 59 Jahre und über 60 Jahre).

– *Sichtbares Zeichen von »Fremdheit« (zwei Abstufungen)*

Ein sehr wesentliches Auswahlkriterium war jenes der sichtbaren »Fremdheit«. Bei Personen, welche aufgrund spezifischer Merkmale leicht als MigrantInnen erkennbar sind und daher eher als Projektionsfläche für fremdenfeindliche Emotionen und Handlungen dienen können, musste von einem erhöhten Bedrohungsrisiko ausgegangen werden. Das Kriterium fand in einer zweistufigen Form Berücksichtigung (vorhanden/nicht vorhanden) und umfasste in erster Linie eine dunkle Hautfarbe bzw. das Tragen eines Kopftuchs.

Die Berechnung aller möglichen Merkmalskombinationen ergab ein Ziel von 36 Interviews. Im Wesentlichen gelang die Umsetzung dieses Samplingplans. Dennoch konnten nicht alle Merkmalskombinationen ausgeschöpft werden. Insbesondere erwies es sich als schwierig, Personen im Alter von über 60 Jahren mit ungesichertem Aufenthalt (z. B. AsylwerberInnen in offenen Verfahren) für ein Interview zu gewinnen. Stattdessen wurden Personen der entsprechenden Altersgruppe befragt, die in der Vergangenheit einen ungesicherten Aufenthaltstitel gehabt hatten, jedoch zum Befragungszeitpunkt bereits über einen gesicherten Status verfügten. In einigen Fällen wurden Personen mit der gleichen Kombination von Samplingkriterien befragt. Dies geschah ausschließlich dann, wenn sich die Personen hinsichtlich ihrer biographischen und/oder soziodemographischen Merkmale so deutlich unterschieden, dass von einer Erweiterung der Erkenntnisse ausgegangen werden konnte.

3 Der Begriff wird hier zusammenfassend für Angehörige der »zweiten« und »eineinhalften« Generation benutzt. Als »zweite Generation« werden Personen bezeichnet, deren Geburtsort in Österreich liegt und deren Eltern beide zugewandert sind. Als Angehörige der »eineinhalften« Generation werden Personen verstanden, die selbst sehr früh, d. h. in der Kindheit oder frühen Jugend zugewandert sind. Im Rahmen der Studie betrifft dies zwei InterviewpartnerInnen, die im Volksschulalter nach Österreich gekommen sind. Alle Befragten der zweiten und eineinhalften Generation sind mittlerweile eingebürgert, weshalb sie der Kategorie »maximale Gesicherheit« zuzurechnen sind.

4 Subsidiär Schutzberechtigte sind Personen, deren Antrag auf Asyl zwar abgewiesen wurde, deren Abschiebung in das Herkunftsland jedoch aufgrund des Prinzips des »non-refoulement« nicht möglich ist. Dieses Prinzip bezeichnet das Verbot, Personen zwangsweise in einen Staat zu befördern, in welchem sie verfolgt oder Folter, unmenschlicher Behandlung oder anderen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt würden. Subsidiärer Schutz wird in den meisten Fällen mit einer Befristung von einem Jahr gewährt.

4.2 Datenerhebung

Es wurden 36 qualitative Interviews (Länge ca. 1 bis 1,5 Stunden) mit Personen aus 19 Herkunftsländern durchgeführt. Der geographische Raum der Herkunftsländer erstreckte sich auf die Türkei, Ex-Jugoslawien, Osteuropa, Afrika, Lateinamerika, Südasien und den mittleren Osten. Die Datenerhebung erfolgte im Zeitraum von April bis Juni 2009. Die Personen stammten aus dem Großraum Wien (Wien und angrenzende Gemeinden).

Die Interviews folgten einem problemzentrierten Leitfaden und fanden überwiegend in der Muttersprache der Betroffenen statt. Die deutsch- und englischsprachigen Interviews wurden von Mitgliedern des Projektteams geführt. Für jene in weiteren Sprachen wurden eigens InterviewerInnen rekrutiert. Die Anforderungen an die InterviewerInnen waren einerseits die Fähigkeit zu einer sprach- und kulturkundigen Gesprächsführung und andererseits psychosoziale Kompetenzen, um einen sensiblen Umgang mit sehr belastenden Themen (z. B. Flucht und Traumatisierung) zu gewährleisten.

Zentrale Interviewthemen waren fremdenfeindliche Erfahrungen im öffentlichen Raum, im Wohnumfeld, aber auch im Umgang mit Behörden und der Polizei. Darüber hinaus wurden die aufenthaltsrechtliche Situation, der Zugang zum Arbeitsmarkt, die materielle Situation und die Planbarkeit der Zukunft thematisiert. Ein übergeordnetes Thema in allen genannten Bereichen waren die persönlichen Ressourcen und Bewältigungsstrategien, auf welche die Betroffenen zurückgreifen, um das Ausmaß der Angst potenziell zu mildern.

4.3 Datenanalyse

Die Datenanalyse erfolgte nach einem problemzentrierten inhaltsanalytischen Verfahren in Anlehnung an Witzel (2000) und der Kodierungsprozess mit Hilfe der Software MAXQDA. Neben einer thematisch-fallübergreifenden Analyse wurden auch charakteristische Fälle und damit verbundene Einflüsse auf das Erleben von Angst und Bedrohung herausgearbeitet.

5. Ergebnisse und Diskussion

Im Rahmen von SALOMON Next Step wurde ein breites Spektrum möglicher Unsicherheitsfaktoren berücksichtigt. Neben der aufenthaltsrechtlichen Situation und dem Zugang zum Arbeitsmarkt stellten sich Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung als besonders schwer wiegende Einflussfaktoren für das Erleben von Angst und Bedrohung heraus. Eine sichtbare und/oder hörbare »Fremdheit« erhöht den Ergebnissen zufolge das Risiko, fremdenfeindliche Erfahrungen zu machen, um ein Vielfaches.

In den nachfolgenden Abschnitten wird eine Auswahl von Themen behandelt, die sich in den Interviews als besonders relevant für das Erleben von Angst und Bedrohung durch Fremdenfeindlichkeit erwiesen. Die jeweils angeführten Interview-

ausschnitte geben einen Einblick in die geschilderten Erfahrungen (erfolgt eine Spezifizierung der Interviewbezeichnung mit a oder b, verfügen zwei befragte Personen über die gleiche Merkmalskombination im Rahmen der zuvor festgelegten Samplingkriterien).

5.1 Erfahrungen im öffentlichen Raum

Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und politische Hetze

Dieser sehr breite Themenkomplex erwies sich als in hohem Maße relevant für das Erleben von Angst und Unsicherheit bei MigrantInnen in Österreich. Die InterviewpartnerInnen schildern zahl- und facettenreiche Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit. In erster Linie werden verbale Übergriffe wie Beschimpfungen und Beleidigungen beschrieben, die Bezug auf »Fremdheit« nehmen (etwa »Tschusch«, »Scheiß Türkin« etc.). Darüber hinaus beobachten die Betroffenen ebenso nonverbale Verhaltensweisen – wie etwa ausgeprägte Musterungen (»schief angesehen werden«) –, die sie als ablehnend und fremdenfeindlich empfinden.

Die Wahrscheinlichkeit, solchen Übergriffen ausgesetzt zu sein, steigert sich dramatisch bei einer sichtbaren oder hörbaren »Fremdheit« der Betroffenen, z. B. durch die Hautfarbe oder Kleidung oder aufgrund eines sprachlichen Akzents.

Als besonders alarmierender Umstand ist zu werten, dass viele der Befragten einen grundlegenden Alltagsrassismus bzw. eine alltägliche Fremdenfeindlichkeit in Österreich wahrnehmen. Eine gewisse »Salonfähigkeit« von rassistischen und fremdenfeindlichen Haltungen kann auch daraus abgeleitet werden, dass die geschilderten verbalen Übergriffe fast durchwegs durch »ganz normale ÖsterreicherInnen« erfolgten – nur in einem Fall handelte es sich bei den TäterInnen um Personen, die vermutlich der rechtsradikalen Szene zuzuordnen sind:

»Natürlich hat man als Ausländer auf der Straße gewisse Probleme. Es gibt leider in Wien viele ausländerfeindliche Leute, die einen grundlos beschimpfen. Wirklich bedroht hatte ich mich bisher nicht gefühlt, aber Beleidigungen gegenüber Ausländern bei vielen Menschen in Wien ist quasi Normalität« (m, ca. 25 Jahre, Subsidiärschutz, mittlerer Osten, Int. 25b).

»Ich habe öfters auf der Straße rassistische Äußerungen gehört, die entweder gegen mich oder einen anderen Ausländer gerichtet waren. (...) Ich wurde einmal in einer Straße von zwei Jugendlichen als Terroristin beschimpft. Am Anfang habe ich daran gedacht, die Polizei anzurufen, aber dann bin ich einfach bei der nächsten Station ausgestiegen und mit der nächsten Straßenbahn weitergefahren« (w, ca. 30 Jahre, Subsidiärschutz, mittlerer Osten, Int. 34).

»Eher so, wenn man in der Öffentlichkeit ist, dann schauen die Leute komisch, dann sagen sie öfter ›Tschusch‹. Jetzt ... merk ich das gar nicht. Ab und zu vielleicht kommt eine Ausländermeldung: ›Schau, scheiß Tschuschen‹ oder so, aber, überhaupt nicht eigentlich, selten. Und wenn man Kopftuch trägt, dann ist das schon, da merkst du das täglich, dass du Ausländer bist« (Anmerkung: Interviewpartnerin trägt jetzt kein Kopftuch mehr) (w, ca. 25 Jahre, eingebürgert, mittlerer Osten, Int. 7).

Als Folge dieser Erfahrungen erleben zahlreiche Betroffene ein anhaltendes Gefühl der Verunsicherung und ein kontinuierliches Unbehagen vor allem im öffentlichen Raum. Das Ausmaß der Angst steht nicht notwendigerweise mit der Häufigkeit der persönlichen Erfahrungen dieser Art in Zusammenhang. Das heißt, dass sowohl einmal erlebte oder beobachtete Fremdenfeindlichkeit als auch die Tatsache, immer wieder Berichte von anderen Betroffenen zu hören, überdauernde Gefühle von Angst und Bedrohung erzeugen können. Auch politische Kampagnen, die Fremdenfeindlichkeit schüren, tragen wesentlich zu den geschilderten Ängsten bei. Als Reaktion äußern einige Betroffene Skepsis gegenüber der Vorstellung, ihre Kinder in einer solchen Umgebung aufwachsen zu lassen. Hier wird vornehmlich der Wunsch spürbar, die eigenen Kinder vor dieser als grundlegend beängstigend empfundenen Atmosphäre zu bewahren und zu schützen. Verbale sowie nonverbale Verletzungen der Würde stellen somit für Menschen mit Migrationshintergrund einen ständig präsenten, Angst auslösenden Belastungsfaktor dar, insbesondere wenn man die Häufigkeit der berichteten Vorfälle in Betracht zieht.

Sichtbare Zeichen von »Fremdheit« und rassistisch motivierte Handlungen

Wie bereits dargestellt, erhöht sich das Risiko, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und rassistisch motivierte Handlungen zu erleben, um ein Vielfaches, wenn eine Person über sichtbare oder hörbare Zeichen von »Fremdheit« verfügt.

Der Großteil der geschilderten rassistischen Übergriffe findet verbal oder nonverbal statt. Typisch sind etwa Bemerkungen wie »Scheiß Neger« oder »Du Nigger«. Meistens fallen diese im öffentlichen Raum (z. B. auf der Straße oder in der U-Bahn), ohne dass vorher ein Kontakt zwischen den MigrantInnen und den AggressorInnen (Einzelpersonen oder Gruppen) stattgefunden hat, welcher einen Anlass für den Übergriff erkennen lässt. Die Betroffenen reagieren bestürzt, verschreckt und erleben als Folge solcher Erlebnisse eine ausgeprägte Demütigung sowie anhaltende Ängstlichkeit im öffentlichen Raum. Andere versuchen, das Erlebnis tunlichst zu ignorieren:

»Also, ist nicht lange her, muss 2000 gewesen sein oder 2001, so Gruppe von Jugendliche, so, die waren dreizehn, vierzehn, und haben mich so attackiert, würd ich sagen, sie sind nicht auf mich losgegangen, aber sie haben einfach angefangen, zu schimpfen und mit den Fingern zu zeigen und sagen: ›Nigger, du Nigger‹, so, ja. Und ich hab es einfach ignoriert und bin in die U-Bahn gestiegen und einfach weitergefahren« (w, ca. 30 Jahre, eingebürgert, Afrika, Int. 10a).

Darüber hinaus beschreiben viele der Befragten, dass auch die körperliche Nähe zu ihnen aktiv gemieden wird (so bleibt etwa der Sitzplatz in einer vollen U-Bahn neben ihnen unbesetzt oder er wird verlassen). Viele fühlen sich im öffentlichen Raum eingehend gemustert (»schief angesehen«) und erhalten hierbei den Eindruck, dass die Art des nonverbalen Ausdrucks als abwertend zu interpretieren ist. Als weiterer Verunsicherungsfaktor ist zu werten, dass sich an vielen Orten im öffentlichen Raum rassistische »Schmierereien« auf Plakatwänden oder Häusern wie z. B. »Shit Black Nigger« befinden.

Bei manchen Betroffenen entsteht der Eindruck, dass sie sich vor Übergriffen schützen, indem sie jederzeit im öffentlichen Raum »auf der Hut« sind. Auch wenn der Großteil der geschilderten Erlebnisse keine körperlichen Übergriffe umfasst, schüren die Beschimpfungen und weitere Übergriffe die Furcht, dass jederzeit auch ein körperlicher Angriff stattfinden könnte.

Sehr häufig berichten Befragte mit dunkler Hautfarbe, dass ihnen der Eintritt in Bars oder Diskotheken unter der Angabe von für sie nicht nachvollziehbaren Gründen verwehrt wird. Der Eindruck, dass es sich hierbei um ein rassistisch motiviertes Vorgehen handelt, wird dadurch verstärkt, dass begleitende Personen, die sich in der Art des Kleidungsstils (dieser wird oft als Grund angegeben) nicht von den Betroffenen unterscheiden, in derselben Situation problemlos Einlass fanden. Diese Erfahrungen werden als entwürdigend beschrieben. Emotional reagieren die Befragten sehr unterschiedlich: mit einer noch größeren erlebten Bedrohung, mit Hilflosigkeit oder Wut.

Weiters zeigen die Interviewergebnisse, dass insbesondere Migranten mit dunkler Hautfarbe häufig eine kriminelle Tätigkeit als Drogendealer unterstellt wird. Sie werden häufig im öffentlichen Raum von Fremden gefragt, ob sie Drogen verkaufen oder diese kaufen möchten. Auch diese Erlebnisse werden von den Betroffenen vor allem als Folge rassistischen Gedankenguts interpretiert, da begleitende Personen weißer Hautfarbe nicht angesprochen werden.

Eine ähnliche Form von Bedrohung mit einem stark geschlechtsspezifischen Aspekt sind sexuell konnotierte Übergriffe, die sich in Interviews mit befragten Frauen zeigen. Eine gebürtige Afrikanerin berichtet von mehreren verbalen und nonverbalen sexuell gefärbten Übergriffen im öffentlichen Raum. Dass Frauen mit dunkler Hautfarbe ganz spezifischen Bedrohungsformen ausgesetzt sind, bestätigten auch ExpertInnen in der vorbereitenden Studie zur Entwicklung der Untersuchungsmethodik (Braakmann u. a. 2009). Eine Fachfrau für Migration und Genderfragen erläuterte, dass analog zum Klischee des »schwarzen Drogendealers« vielen schwarzen Frauen die Prostitution unterstellt werde. Das unten wiedergegebene Zitat einer Befragten erweist sich als empirische Bestätigung dieser Einschätzung:

»Einmal war ich ja in der Stadt, hab ich ein Taxi genommen und ganz normal mit dem Deutsch gesprochen, ja. Bitte, in den X. Bezirk, XX (Adresse), ja. Ja, und der hat mich Geld angeboten, ja! Das war schlimm, der hat gesagt: ›Ah, wie viel?‹ Dann hab ich gesagt: ›Sehe ich wie ein Hure aus? Erstens, ich spreche sehr gut Deutsch, sehr gut Deutsch mit Ihnen. Zweitens, ich bin ganz normal angezogen, sehe ich wie eine Hure aus?‹ Glauben Sie, er hat mich zugehört? Der hat mich nicht zugehört, der hat einfach: ›Ja, ich geb dir tausend Schilling‹ gesagt« (w, ca. 30 Jahre, eingebürgert, Afrika, Int. 10a).

Das Ausmaß der Respektlosigkeit erzeugt bei vielen der Befragten Hilflosigkeit oder Zorn und letztlich Resignation im Hinblick auf die Frage, ob sie irgendwann wie andere Menschen in Österreich akzeptiert und respektiert werden können. All diese Erfahrungen im öffentlichen Raum führen einer massiven grundlegenden Verunsicherung und Verängstigung der MigrantInnen sowie zu Demütigungen, die sie permanent im Alltag begleiten.

Bestätigt wird die Relevanz fremdenfeindlicher Erlebnisse für das alltägliche Leben von MigrantInnen auch in der Studie *Integration in Österreich* von Ulram (2009), die vom Bundesministerium für Inneres beauftragt wurde. Hier äußern sich 57 Prozent der 2.000 befragten MigrantInnen der ersten und zweiten Generation (»Migrantenbus 2008«) zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Österreich, 46 Prozent beklagen fehlende Chancen für MigrantInnen. In der Mehrheitsbevölkerung (GfK-Telefonumfrage mit 500 Befragten) nehmen 67 Prozent Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im eigenen Land wahr, während lediglich ein Fünftel der Befragten angibt, negative Erfahrungen mit MigrantInnen gemacht zu haben (Ulram 2009, 6, 31).

5.2 Erfahrungen im Wohnumfeld

Da ZuwandererInnen mit zahlreichen verunsichernden Faktoren und Umständen konfrontiert sind, gewinnt ihr Bedürfnis, sich im Wohnumfeld sicher fühlen zu können, eine besondere Bedeutung.

Im Hinblick auf die subjektive Sicherheit in der Wohnumgebung hat sich in den Interviews ein Aspekt als besonders maßgeblich herausgestellt, der Menschen mit Migrationshintergrund in ganz spezifischer Weise betrifft: die Akzeptanz seitens ihrer österreichischen NachbarInnen bzw. der BewohnerInnen im Viertel. Dieser Aspekt kommt in zahlreichen Interviews ausführlich zur Sprache und hat hohe subjektive Bedeutung für das alltägliche Sicherheits- bzw. Unsicherheitserleben von MigrantInnen. Den Interviewergebnissen zufolge dürfte eine akzeptierende Haltung der ÖsterreicherInnen keineswegs selbstverständlich sein. Die geschilderten Erfahrungen erstrecken sich von Beschimpfungen über feindselige Akte (Müll, der vor der Wohnungstür ausgeschüttet wurde) bis hin zu tätlichen Drohungen (»Wo ist dein Bruder? (...) Ich will ihn aufschlitzen.«). Für etliche Befragte ist es daher eine naheliegende, derartigen Erlebnissen vorbeugende Strategie, einen Wohnsitz in einem Bezirk mit hohem MigrantInnenanteil zu wählen. Dies kann von der Mehrheitsbevölkerung, aber auch seitens der Integrationspolitik als unerwünschte räumliche Segregation angesehen werden, stellt aber nichtsdestotrotz für zahlreiche Menschen mit Migrationshintergrund ein sicherheitsstiftendes Verhalten dar. Auch das Gefühl, »unter den eigenen Leuten zu sein«, trägt zur subjektiven Stabilität bei:

*»Im 16. (Bezirk) sind die meisten Ausländer und da schauen alle gleich aus. Da schaut auf mich keiner. Aber es stimmt. Wenn du mal in Simmering bist oder woanders, wo mehr Österreicher sind. Da wirst du sicher schief angeschaut. Das weiß ich auch von mir. Die schauen dich deppert an und denken sich, was macht der da in unserer Umgebung. Das ist sicher passiert. Aber sie interessieren mich nicht. (...) Jetzt gibt es so etwas nicht mehr, weil wir jetzt bei den Ausländern wohnen. Da haben wir jetzt keinen Stress. (...) Aber wie soll ich sagen? Ich bin Türke. Mir taugt es, wenn ich unter meinen Leuten bin«
(m, ca. 25 Jahre, hier geboren und eingebürgert, Türkei, Int. 1).*

5.3 Diskriminierungserfahrungen am Arbeitsmarkt

Die Arbeitssuche ist für zahlreiche Befragte untrennbar mit belastenden Diskriminierungserfahrungen verbunden, die sie in einen direkten Zusammenhang mit ihrem

Migrationshintergrund bringen. Mit besonders massiven Problemen haben Frauen zu kämpfen, die ein Kopftuch tragen. Ihnen sind viele Arbeitsmöglichkeiten von vornherein verwehrt:

»Beispielhaft dafür ist, dass meine jüngere Schwester als Beispiel Ferialpraktika machen wollte. Nicht einmal im Supermarkt wurde sie für Ferialpraktika angestellt. (...) Sie ist jetzt XX Jahre alt, XX (Jahre) ... als Sommerjob für vier Wochen wurde sie nirgends angestellt. Sie hatte keine Chance gehabt. (...) Das haben sie ihr auch persönlich gesagt. Mit Kopftuch wird da nicht gearbeitet. Das haben sie im Supermarkt gesagt« (m, ca. 25 Jahre, hier geboren und eingebürgert, Türkei, Int. 1).

Nicht nur die InterviewpartnerInnen, sondern auch etliche der muttersprachlichen InterviewerInnen berichten dies. Diese Art der Diskriminierung am Arbeitsmarkt führt nicht nur zu den bereits beschriebenen emotionalen Folgen, sondern auch zu einer Potenzierung der Ängste aufgrund der existenziellen materiellen Gefährdung, die mit der fehlenden Erwerbsarbeit einhergeht.

Für viele der Betroffenen bestehen grundsätzliche Zweifel daran, als MigrantIn überhaupt eine Chance am Arbeitsmarkt zu haben. Viele haben den Eindruck, aufgrund ihrer Herkunft nur die »dritte oder vierte Wahl« zu sein, oder »nie in der ersten Reihe zu stehen«, wie es ein osteuropäischer Student ausdrückt:

»Niemals werde ich hier eine Stelle bekommen, in der ich die Institution repräsentiere, bei der ich am Empfang stehe. Du wärest immer der, der versteckt ist. Egal welcher Herkunft, als Migrant bist du immer der, der in der Küche arbeitet, immer der, der den Salat zubereitet, das Gepäck trägt, lächelt und ›Welcome‹ sagt, aber nie in der ersten Reihe. Als ich hierher gekommen bin, musste ich mich mit dieser Sache abfinden als Student. Aber wenn ich weiter denke, frage ich mich, ob das so bleiben wird. Wenn ich eine Universität in Österreich abschließe, würde ich mehr als das erwarten. Wenn das immer noch so wäre, müsste ich natürlich einen negativen Eindruck über Österreich von dieser Erfahrung behalten. (...) Also, du gewöhnst dich daran. Wenn du das erste Mal damit konfrontiert bist, leidest du, du leidest sehr« (m, ca. 20 Jahre, Student, Osteuropa, Int. 13).

Dieses Thema ist aus der beruflichen (Nicht-) Integration von Menschen mit dunkler Hautfarbe bekannt, wie auch einschlägige Rassismus-ExpertInnen bestätigen. Sie beobachten, dass Personen mit dunkler Hautfarbe oder Frauen mit Kopftuch typischerweise Arbeiten erhalten, bei denen sie nicht sichtbar sind, etwa im Lager, in der Küche oder im Call Center (Braakmann u. a. 2009).

5.4 Kontakt mit der Polizei

Da die Studie SALOMON Next Step im Rahmen der österreichischen Sicherheitsforschung durchgeführt wurde, erfolgt eine nähere Betrachtung der Erfahrungen von MigrantInnen mit der »Sicherheitsinstitution Polizei«.

Viele der Befragten zeigen eine sehr ambivalente Einstellung gegenüber der Polizei. Einerseits wird sie als verlässlich und als Helferin erlebt, vor allem im Vergleich zur häufig erlebten Willkür in den Herkunftsländern. Andererseits existieren Berichte von

diskriminierenden Erfahrungen, welche eher Misstrauen und Ängste gegenüber der Polizei auslösen und verstärken.

Mangelndes Vertrauen in die Polizei

Nicht alle Unsicherheitsaspekte im Zusammenhang mit der Polizei waren während des Analyseprozesses sofort klar fassbar. Einige InterviewpartnerInnen drücken ein fehlendes Vertrauen in die bzw. allgemeines Misstrauen gegenüber der Polizei aus, das bisweilen recht vage formuliert wird. Bei näherem Nachfragen ist dies in den meisten Fällen auf die Angst vor Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zurückzuführen. Bedenklich erscheint, dass auch einige hier geborene und eingebürgerte Personen solche Befürchtungen haben, wobei andere Befragte der zweiten Generation betonen, dass ihnen ihre österreichische Staatsbürgerschaft diesbezüglich zu mehr Sicherheitsgefühl verhilft.

Für das Misstrauen gegenüber der Polizei ist oft auch das »Hörensagen« verantwortlich. Das heißt, dass die Befragten nicht unbedingt persönliche Erfahrungen mit Diskriminierung im Kontakt mit der Polizei gemacht haben. Dennoch ist auch in diesen Fällen ein Misstrauen präsent, das auf Berichten aus den Medien, Erzählungen von Bekannten oder auf Vorfällen beruht, die sich in den migrantischen Communities herumsprechen. Diese Informationen lösen bei Personen mit Migrationshintergrund allgemeine Zweifel und ein Unsicherheitsempfinden in Bezug auf den Kontakt mit der Polizei aus:

»Ja, weiß ich nicht, dass sie vielleicht merken, keine Ahnung, dass ich Ausländerin bin, weil jetzt vielleicht merkt niemand, dass ich Ausländerin bin, aber dann, wenn sie mich fragen oder nach meinen Namen fragen und sie merken dann doch, ich bin eine, keine Ahnung können sie ja machen, verprügeln und so. Ich mein, da hört man ja oft genug solche Sachen. Das gilt jetzt nicht für alle, aber so generell hab ich diese Kälte, dieses Misstrauen gegenüber der österreichischen Polizei« (w, ca. 25 Jahre, hier geboren und eingebürgert, Türkei, Int. 7a).

»Wenn man jetzt Auto fährt und die Polizei sieht, keine Ahnung, man hört ja, dass es auch rassistische Polizisten gibt, und man angehalten wird, egal aus welchem Grund, dann macht man sich schon Gedanken so: »Ja, hoffentlich ist das jetzt kein rassistischer«, also ja, solche Gedanken hab ich dann. Aber so direkt, dass ich einfach Angst hab, nicht, nein« (w, ca. 25 Jahre, hier geboren und eingebürgert, Türkei, Int. 8a).

»Ethnic Profiling« und Diskriminierungserfahrungen

Konkreter waren Aussagen, die sich mit Diskriminierungserfahrungen durch die Polizei und »Ethnic Profiling« beschäftigten. »Ethnic Profiling« beschreibt polizeiliche Ermittlungsformen, die ohne konkretes Verdachtsmoment vorgenommen werden und bei denen primär TäterInnenprofile anhand ethnischer Merkmale wie Herkunft oder Hautfarbe zum Einsatz gelangen (Amnesty International 2009, 8). Beispielsweise werden auf der Basis des Ethnic Profiling bei Drogenermittlungen verstärkt Personen mit dunkler Hautfarbe angehalten oder perlustriert, was dazu führt, dass die Betroffene

nen unschuldig und ohne konkretes Verdachtsmoment im Zentrum polizeilicher Handlungen stehen.

Nicht nur AfrikanerInnen, sondern auch MigrantInnen anderer Herkunft berichten von häufigeren und strengeren Polizeikontrollen. Menschen mit Migrationshintergrund können sich durch eine solche Vorgehensweise grundlos und pauschal diskriminiert fühlen. Die Berichte der Betroffenen verweisen auf das Problem eines strukturellen Rassismus bzw. einer strukturellen Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Sicherheitskräfte. Mit »strukturellem Rassismus« bezeichnet man ein »kollektives Versagen einer Organisation, Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, Kultur oder ethnischen Herkunft eine angemessene und professionelle Dienstleistung zu bieten. (...) (Struktureller Rassismus) kann in Prozessen, Einstellungen und Verhaltensweisen gesehen und aufgedeckt werden, die durch unwissentliche Vorurteile, Ignoranz und Gedankenlosigkeit zu Diskriminierung führen, und in rassistischen Stereotypisierungen, die Angehörige ethnischer Minderheiten benachteiligen«:⁵

»Ja, ja ... apropos diese Sache. Wir waren an einem Abend im Club XX hier in Wien, und es gab eine Polizeisperre, wo alle Leute, die rein- und rausgekommen sind, gefilzt wurden. Und es gab zwei Stationen: Zum einen wurden die Ausweise kontrolliert, und danach wurde nach Drogen gesucht. Ich erinnere mich, dass ich meinen Personalausweis gezeigt habe und meinen Studentenausweis, und der entsprechende Polizist hat mich darauf hin in die Reihe Richtung Drogenkontrolle geschickt, wo wir kontrolliert wurden bis zur Unterhose. Das hat mich gestört ... wieso? Weil sie mich gesehen und in diese Reihe gestellt haben, wieso nicht bei allen anderen auch? (...) Der Grund war einfach nur, weil ich XX (Nationalität) bin – Punkt. Nichts sonst. (...) Ich muss dazu sagen, dass wir eine Gruppe von Leuten waren. Es war eine Mischung aus Österreichern, Deutschen und XX (Nationalität), weil ich war unterwegs mit einem Freund aus Deutschland. Und wir sind alle durch diese Kontrolle durchgegangen – er ist theoretisch auch ein Ausländer, aber er ist durch die Kontrolle gekommen, nur weil sie auf seinen Ausweis geschaut haben, ohne den Ausweis und die Daten zu kontrollieren. Ich musste aber in die zweite Kontrolle ... hier, muss ich sagen, habe ich mich diskriminiert gefühlt« (m, ca. 20 Jahre, Student, Osteuropa, Int. 13).

MigrantInnen können aus Ereignissen wie den oben zitierten die Schlussfolgerung ziehen, seitens der Polizei nicht unparteiisch, sondern voreingenommen behandelt zu werden. Gerade aber das Gefühl, als MigrantIn ganz normal behandelt zu werden, ist wesentlich für den Aufbau von Vertrauen in die hiesige Polizei und kann sich somit auch positiv auf das grundsätzliche Erleben von Sicherheit im öffentlichen Raum auswirken.

Übergriffe von VertreterInnen der Exekutive

Wie aus den Medien und einschlägigen Rassismus- und Menschenrechtsberichten bekannt ist, können Amtshandlungen der Polizei, sei es im Rahmen des »Ethnic

⁵ The Stephen Lawrence Inquiry, February 1999, paragraph 6.34, zit. in: Amnesty International (2009), 8.

Profiling« oder in anderen Kontexten, im Extremfall bis hin zur Körperverletzung Unschuldiger führen.⁶ Derartige Übergriffe durch die Polizei wurden in den Interviews kaum thematisiert. Schilderungen von nicht angemessenen Verhaltensweisen seitens VertreterInnen der Exekutive betreffen in erster Linie einen groben Umgangston. Wenn von Polizeiübergriffen gesprochen wird, geht es zumeist um medial bekannt gewordene Fälle. Einschränkend muss allerdings angemerkt werden, dass ein angefragter Gesprächspartner, der eine solche Erfahrung persönlich gemacht hatte und dazu ein Interview geben wollte, sich letztlich doch gegen das Interview entschied. Eine Interviewpartnerin berichtet von Misshandlungen ihres Bruders während einer polizeilichen Einvernahme. In den Schilderungen wird deutlich, dass sich die Angst vor derartigen Erfahrungen mit einem Erleben ausgeprägter Hilflosigkeit verbindet, da ausgerechnet die Institutionen, die Sicherheit bieten sollten, zu einem weiteren Bedrohungsfaktor werden:

»Ja, aber ich glaube nicht mehr an die Polizei. Weil mein Bruder, als wir in der Hauptschule waren, hat er sich nicht so gut mit der Lehrerin verstanden. (...) Und da hat er sich mit der Lehrerin nicht verstanden, und ein paar andere Schüler auch. Und dann eines Tages war irgendwas mit ihrem Auto, gell. Ja, und dann hat sie die Schuld auf meinen Bruder geschoben, dann hat sie meinen Bruder angezeigt. Dann musste er zur Polizei, und die Polizei, die haben ihn dann irgendwie geschlagen und so, damit er halt sagt, dass er das war. Aber irgendwie, dann ist eh nicht raus gekommen. Er hat nicht zugegeben, dass er das war, aber eben, warum, ich versteh das auch nicht, warum die Polizei das macht. Er hat mir das dann erzählt, ich hab ihm gesagt: ›Wenn ich eines Tages mächtig bin, dann mach ich was dagegen.‹ Aber was soll man machen als Ausländer? Die denken sich das eh, ich meine, der Polizist hat ihm auch gesagt: ›Was willst du machen, du bist ein Tschusch, dir wird keiner glauben‹, ja« (w, ca. 25 Jahre, eingebürgert, mittlerer Osten, Int. 7).

Es ist davon auszugehen, dass derartige Fälle – auch wenn sie einer dritten Person passiert sind – das Vertrauen in die Polizei deutlich verringern. Somit ist jeder »Einzelfall«, jede nicht legitime polizeiliche Intervention oder jede unangemessene Härte bei einer Amtshandlung ein möglicher Multiplikator für das Erleben von Angst und Bedrohung. Auch aus den Medien bekannte Vorfälle können sich sehr verunsichernd auswirken, da Personen, die ähnliche Merkmale wie das Opfer aufweisen – wie etwa die gleiche Hautfarbe –, befürchten, ähnliche Erfahrungen zu machen.

»Wegschauen« seitens der Polizei

In Bezug auf negative Erfahrungen wird nicht nur das als problematisch erlebt, was die Polizei tut, sondern mitunter auch das, was sie *nicht tut*. Für das emotionale Erleben werden in diesem Zusammenhang Abstufungen beschrieben. »Dienst nach Vorschrift« wird zwar häufig als diskriminierend, aber noch nicht unbedingt als bedrohlich erlebt.

⁶ Siehe etwa die Tätigkeitsberichte von Amnesty International (<http://www.amnesty.at>) oder von ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit, verfügbar unter: <http://www.zara.or.at/index.php/beratung/rassismus-report>, 11. 10. 2009.

Etliche InterviewpartnerInnen berichten von Situationen, in denen aus ihrer Sicht keine oder keine adäquate Amtshandlung erfolgte. Aus der Außensicht kann nicht festgestellt werden, ob es sich hier um eine Benachteiligung aufgrund der Herkunft handelt. Das hier Entscheidende ist jedoch, dass die Untätigkeit der Polizei von einigen Betroffenen aus ihrer subjektiven Sicht als Benachteiligung interpretiert wird. In solchen Fällen sinkt das Vertrauen in die Polizei und wird ein grundsätzliches Unsicherheitsempfinden geschürt.

Sehr emotional belastend wirkt das fehlende Einschreiten oder ein als »Wegschauen« empfundenen Verhalten seitens der Polizei im Falle einer Gefahr für Leib und Leben. Ein derartiges Verhalten stellt einen großen Unsicherheitsfaktor für die Opfer dar. Thematisiert wird dieses Problem beispielsweise im Kontext innerfamiliärer Gewalt. Eine Befragte aus dem mittleren Osten erlebte mehrfach, dass ein Einschreiten der Exekutive in einer Notsituation nicht erfolgte. Einmal konnte sie nach einer bereits erfolgten Körperverletzung die Polizei alarmieren, diese kam jedoch zu einer falschen Adresse und ging der Sache nicht weiter nach. Etwas später musste sie aufgrund der Ablehnung ihrer Lebensweise durch ihre Familie vor ihren Verwandten erst ins Ausland, dann ins Frauenhaus fliehen. Die damals extrem verängstigte junge Frau fühlte sich in einer konkreten Situation verfolgt und erlebte, dass Polizeibeamte diese Bedrohung nicht ernst nahmen:

»(...) Auf jeden Fall war das am Abend, und dann hab ich ein Auto gesehen, das hat mich so beobachtet, und ich hab geglaubt, da sind mein Bruder und mein Vater drin, weil damals hatte ich sehr extreme Angst, dass sie jetzt wollen, dass ich nach Hause komme, weil sie haben mich ständig angerufen und so. (...) Und dann bin ich halt, hab ich, war ich nur in Panik und bin gelaufen und dann hab ich Leute gesehen. Dann hab ich ihnen gesagt, dass mich jemand verfolgt. (...) Und diese Leute, ich hab schon geweint, und diese Leute waren so nett, und die haben mich dann zur Polizei gebracht. Und als ich bei der Polizei war, dann hat der gesagt: »Ja, und was soll ich jetzt für dich machen? Was glaubst du, was ich für dich machen soll?« Ich hab ihm gesagt, naja, ich wohn im Frauenhaus, und ob er mich da hinbringen kann, denn ich traue mich jetzt nicht noch mal rausgehen. Und da hat er: »Ah, soll ich für dich Taxi spielen oder was?«, hat er mir gesagt. und dann hab ich schon das Gefühl gehabt, naja, die wollen jetzt nicht. Die ... Ja, und dann bin ich, dann hat er gesagt: »O.k., setz dich dahin, da kommt jemand.« Dann hab ich ein bisschen gewartet und dann hab mir gedacht »naja« und dann bin ich gegangen, von alleine. Ja, ich weiß nicht, ich glaub nicht (lacht) an die Polizei (w, ca. 25 Jahre, eingebürgert, mittlerer Osten, Int. 7).

5.5 Kontakt mit öffentlichen Institutionen und Behörden

Respektlosigkeit, Erniedrigung und empfundene Diskriminierung

Respektlosigkeit, Erniedrigung und empfundene Diskriminierung durch öffentliche Institutionen (z. B. Arbeitsmarktservice, Sozialversicherungen oder staatliche Behörden wie etwa verschiedene Magistratsabteilungen der Gemeinde Wien) sind in den geschilderten Situationen nicht immer klar voneinander zu trennen. Die Erschei-

nungsformen der damit verbundenen Erfahrungen sind mannigfaltig. Oft berichten die Befragten von Unfreundlichkeit, einem unangemessenen Tonfall, mangelnder Höflichkeit und darüber, dass angemessene Umgangsformen nicht gewahrt werden. Einige InterviewpartnerInnen schildern grobe, unsensible Verhaltensweisen. Es werden aber auch subtilere Situationen beschrieben, in denen sich Personen mit Migrationshintergrund nicht ernst genommen fühlen, ignoriert werden bzw. länger warten müssen als andere. Besonders AsylwerberInnen führen eine solche Behandlung oft auf ihren marginalisierten gesellschaftlichen Status zurück:

»Ich gehe nicht so gern zu Behörden. Man wird immer anders wahrgenommen als »normale« Leute. Sobald sie merken, dass du Asylwerber bist, nehmen sie dich nicht mehr ernst. Du musst immer länger warten als andere, und wenn man sich nicht gut auskennt und insbesondere die Sprache nicht beherrscht, hat man bei Behörden große Schwierigkeiten« (m, ca. 25 Jahre, Subsidiärschutz, mittlerer Osten, Int. 25b).

Doch wie die Interviews zeigen, sind auch weniger ausgegrenzte MigrantInnen, wie etwa Studierende oder Schlüsselkräfte, keineswegs vor Grobheiten gefeit. Nach solchen Erlebnissen bleibt bei den Betroffenen in den meisten Fällen ein Gefühl der Verunsicherung und des mangelnden Vertrauens in Behörden zurück. Da auf der anderen Seite aber gerade der Migrationsprozess mit zahlreichen behördlichen Kontakten verbunden ist, deren Auswirkungen existenziell für die Betroffenen sind, kann die beschriebene Verunsicherung maßgeblichen negativen Einfluss auf deren psychische Stabilität nehmen.

Subjektiv erlebte Willkür

Als subjektiv erlebte Willkür werden solche behördlichen Praktiken kategorisiert, die rechtlich inkorrekt oder aber aus Sicht der Betroffenen nicht nachvollziehbar und ohne sachliche Begründung erfolgen. Etliche InterviewpartnerInnen beschreiben derartige als willkürlich erlebte Handlungen von BeamtInnen, die sie ursächlich auf ihren MigrantInnenstatus zurückführen. Manche Erlebnisse sind für die Betroffenen zwar vielleicht nicht unbedingt sicherheitsgefährdend, wirken sich allerdings nichtsdestotrotz sehr demütigend aus. Einer Frau afrikanischer Herkunft wurde anlässlich ihrer Eheschließung verweigert, den Namen ihres Ehemanns einzeln oder in Form eines Doppelnamens zu führen. Dies ist sowohl in Österreich als auch in ihrem Herkunftsland möglich, wie sie per Stellungnahme ihres Botschafters belegen konnte. Andere Frauen aus ihrem Herkunftsland, die ihre Ehe bei Standesämtern anderer Wiener Gemeindebezirke geschlossen hatten, hatten diesbezüglich keinerlei Schwierigkeiten. Die Interviewpartnerin, die grundsätzlich mit der Arbeit der österreichischen Behörden sehr zufrieden ist, kann für sich keine andere Erklärung finden als die einer diskriminierenden Handlung.

Verswinden von Akten

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor im Umgang mit Behörden und Institutionen, bei dem aus Sicht der Betroffenen die Interpretation einer fremdenfeindlichen Handlung nahe-

liegt, stellt das Verschwinden von Akten oder deren verzögerte Bearbeitung dar. Auch ExpertInnen von einschlägigen Beratungseinrichtungen bestätigen, dass das Verschwinden von Unterlagen kein Einzelfall ist, sondern von Menschen mit Migrationshintergrund immer wieder berichtet wird. In einem geschilderten Fall gingen sämtliche Unterlagen für die Einbürgerung einer fünfköpfigen Familie verloren, in einem anderen verlegte ein Versicherungssachbearbeiter eine zu begleichende Rechnung für die Bezahlung eines Rettungseinsatzes, worauf ein älterer mittelloser Flüchtling sich plötzlich mit einer Inkassodrohung konfrontiert sah.

5.6 Strategien und Ressourcen für den Umgang mit Fremdenfeindlichkeit

In der Studie SALOMON Next Step wurde nicht nur ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, welche Faktoren eine Rolle für das Erleben von Angst und Bedrohung bei MigrantInnen spielen, sondern auch, wie die Betroffenen bisher mit diesen Belastungen umgegangen sind. Hierbei wurden sowohl die grundlegenden persönlichen Ressourcen als auch konkrete Strategien erfragt, die zur Bewältigung eingesetzt werden.

Die InterviewpartnerInnen schildern zahlreiche Ressourcen und Bewältigungsstrategien im Umgang mit Belastungen, Angst und Unsicherheit, die individuell sehr unterschiedlich ausfallen. Sie reichen von sehr aktivem Problemlösen und der Suche nach professioneller und emotionaler Unterstützung über ein Erdulden von schwierigen Situationen und ängstlichen Rückzug bis hin zum Herunterspielen der Bedeutung von Problemen und zum Einsatz von Humor. Unabhängig von der Art der Ressourcen und Strategien wird deutlich, dass die vielen Unsicherheiten und Ängste im Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit eine sehr bewusste Form der Bewältigung von Schwierigkeiten durch die Betroffenen erforderlich machen.

Offenheit, Akzeptanz, Respekt

Grundsätzlich wird häufig eine bewusst eingenommene persönliche Haltung der Offenheit und Bereitschaft geschildert, die Perspektive der einheimischen Bevölkerung einzunehmen und sich in deren Wahrnehmung einzufühlen. Hierzu gehört auch die Vorstellung, dass Angehörige der aufnehmenden Gesellschaft möglicherweise Zeit brauchen, sich auf das Neue und Unbekannte einzustellen. Die Betroffenen bemühen sich um eine akzeptierende und respektvolle Haltung gegenüber jeglichen Unterschieden zwischen Menschen und knüpfen hieran die Hoffnung, dass eben diese auch ihnen widerfährt:

»Und versuchen, auch zu zeigen, wie ich bin, ja. Also, ich hab's auch so gemacht: Ich geb' den Leuten auch Zeit, mich kennen zu lernen, ja. Weil manche kann ich ja verstehen: Fremder Mensch, fremde Kulturen und das alles, das ist wie bei den Nachbarn, die älteren da, es war am Anfang schwierig für sie, ja.« (w, ca. 30 Jahre, eingebürgert, Afrika, Int. 10a).

Glaube und Erleben von Sinn

Zur Gruppe der persönlichen Ressourcen, die in allen Lebensbereichen positive Auswirkungen auf das Angsterleben haben können, zählen der Glaube und das Erleben

von Sinn. Die InterviewpartnerInnen beschreiben, dass ihnen die Beschäftigung mit dem eigenen Glauben oder die Vorstellung der Sinnhaftigkeit der eigenen Erlebnisse zu einer Ruhe verhilft und ihnen neuen Mut für den Umgang mit ihrer Situation und konkreten Problemen gibt:

»... weil, wenn du keinen Fokus hast, du weißt nicht, wohin du gehst und das einzige, was du tun musst, du musst weggehen, aber niemand gibt dir (einen Ort) zu gehen, das heißt du schaffst deine eigene Welt. (...) Ich brauche einige Zeit, um nachzudenken, ich gehe in die Kirche, dass Gott mir den Weg weisen kann, wenn ich vom Pfad abweiche, ich bete und (...) wissen Sie, wenn man betet, kann der Glaube an Gott, oder dein Gott oder woran du auch immer glaubst, jemanden schicken, (...) der dich auf den geraden Weg wieder schicken kann« (m, ca. 35 Jahre, Asylwerber, Afrika, Int. 28a).

Suche nach konkreter Unterstützung, Autonomie

Als konkrete Strategie zur Bewältigung der fremdenfeindlichen Erlebnisse, aber auch anderer Angst auslösender Situationen, wird die aktive Suche nach emotionaler Unterstützung (z. B. durch FreundInnen oder Familie) sowie nach konkreter Hilfe durch Organisationen oder JuristInnen beschrieben. Wieder andere konzentrieren sich auf ihre Eigeninitiative, ihr Autonomiestreben und den Willen, sich durchzusetzen:

»Ich habe immer mir so Hoffnung gemacht. Du schaffst das einfach. Ich habe sehr viel mit mir alleine gearbeitet. (...) Genau, das mach ich immer jetzt noch. Egal was oder welche Schwierigkeiten dazwischen kommen, dann bin ich bereit, welche Pläne oder Auswege zu suchen. So habe ich das damals auch gemacht« (w, ca. 55 Jahre, eingebürgert, Ex-Jugoslawien, Int. 9a).

Belastung relativieren, Humor einsetzen

Weitere Angaben betreffen das Bemühen, die Belastung zu relativieren, demütigende Erlebnisse nicht so ernst zu nehmen oder mit Humor zu sehen oder auch sich auf ganz andere sinnstiftende Tätigkeiten zu konzentrieren:

»Das mach ich immer. Ich nehme das alles. Bemüh mich, nicht zu ernst zu sein, wenn solche Geschichten passieren. Sehr selten erzähl ich so wie jetzt, sonst mach ich mehr Spaß darüber« (w, ca. 30 Jahre, verheiratet, Studentin, Osteuropa, Int. 21).

Anpassung und Rückzug

Als weiteren Versuch einer Bewältigung bemühen sich etliche InterviewpartnerInnen intensiv um eine soziale Anpassung mit dem Ziel, keine Angriffsfläche für fremdenfeindliche Akte zu bieten. Andere ziehen sich aus bedrohlich erlebten Lebensbereichen so weit zurück, dass sie nur noch selten den öffentlichen Raum oder neue Umgebungen aufsuchen. Die Anwendung dieser Strategie kann so weit führen, dass sie einem nahezu vollständigen Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben gleichkommt, was häufig zur Entstehung depressiver Episoden beiträgt:

»Ich weiß, mein Aufenthalt hängt von zwei Sachen ab. Mein Studium und meine Arbeit. Wenn ich nicht arbeite, dann bin ich von hier. Dann kann ich mein Leben nicht führen. Also die zwei. Ich gehe raus nur, wenn ich etwas erledigen muss oder einen Termin oder so. Mit jemand auf der Straße, der mich schimpft oder irgendetwas, es wäre für mich nur verlorene Zeit. Und sowieso. Wenn sie (die Polizei) kommt, sie werden mein Rechte nicht sehen« (m, ca. 35 Jahre, Student, Afrika, Int. 16).

Stilles Erdulden, »Überhören« und Hilflosigkeit

Insgesamt geht aus den Interviews hervor, dass der Handlungsspielraum für Reaktionen – insbesondere auf fremdenfeindliche Erlebnisse im öffentlichen Raum – als sehr begrenzt wahrgenommen wird. Viele der Betroffenen wagen nicht, sich zu wehren, weil sie eine zusätzliche diskriminierende Reaktion des Umfelds befürchten (beispielsweise das Vorurteil des »aggressiven Afrikaners« erfüllen, eine erneute diskriminierende Erfahrung mit der Polizei machen). Anstatt aktiv Grenzen und Rechte zu verteidigen, entscheiden sich viele als Folge dieser zusätzlichen Befürchtungen für das stille Erdulden und den Versuch, sich »unsichtbar« zu machen. Die Betroffenen bemühen sich, die demütigenden Worte zu »überhören« und sie emotional nicht an sich herankommen zu lassen:

»Ich bin ein Rapid-Fan. Ich bin hingegangen am Rathausplatz und jemand hat auf mein Gesicht ausgespuckt. (...) Ja. Was konnte ich tun. Wenn ich sowieso was sage, dann ja Afrikaner sind immer aggressiv, und ich war ganz alleine und er mit anderen und wenn ich reüssiere, vielleicht bin ich tot. Lieber nichts sagen, ich bin dann gegangen. Ich habe meine Kamera mit. Ich hatte viel Photos gemacht und ich bin nach Hause gefahren. Ich habe so gemacht. Aber trotzdem. Es ist mir passiert, aber immer, wenn die Pokale holen, gehe ich dort am Rathausplatz. (...) Ich habe nichts getan. Es ist eine Feier. Ich habe nicht so oder so oder irgendetwas« (m, ca. 35 Jahre, Student, Afrika, Int. 16).

In manchen Interviews werden Versuche geschildert, sich ein solches Verhalten von ÖsterreicherInnen in irgendeiner Form rational zu erklären, um die emotionale Belastung zu reduzieren. Häufig wird neben der Angst im öffentlichen Raum eine ausgeprägte Hilflosigkeit erlebt, die mit den erwarteten Nachteilen des »Sich-Wehrens« in Zusammenhang steht. Das stille Aushalten kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, wie ausgeprägt die emotionale (Dauer-) Belastung durch diese Erfahrungen ist, insbesondere die Angst vor weiteren An- und Übergriffen sowie existenziellen Bedrohungen für den Aufenthalt.

6. Ausgewählte Empfehlungen für Politik und praktische Unterstützungsarbeit im Bereich Migration und Integration

Aus den Ergebnissen von SALOMON Next Step wurde eine Reihe von Empfehlungen abgeleitet, die sich auf die Bereiche Politik, unterstützende Einrichtungen und Behörden sowie die weiterführende Forschung beziehen. Im Folgenden werden in ausgewählter Form diejenigen Empfehlungen skizziert, die in einem engen Zusammenhang mit der Problematik der Fremdenfeindlichkeit stehen.

Impulse für politische EntscheidungsträgerInnen

Grundsätzlich wird das Erleben von Angst und Bedrohung bei MigrantInnen durch zahlreiche Faktoren beeinflusst. Wie emotional belastend sich fremdenfeindliche Erlebnisse auswirken, hängt auch davon ab, wie »ungeschützt« oder »ungesichert« im Sinne Reinprechts (2006) der Status einer Person generell ist.

Ein wesentlicher Beitrag der Politik zum Sicherheitserleben von MigrantInnen könnte sein, den öffentlichen Diskurs so zu beeinflussen, dass ein stärkeres Bewusstsein für die soziale Lage von MigrantInnen gefördert und eine soziale Atmosphäre geschaffen wird, in der die Akzeptanz von Vielfalt leichter möglich ist. Die Folge wäre eine Verringerung des potenziellen Raums für Fremdenfeindlichkeit.

Um geeignete Rahmenbedingungen für umfassende Sicherheit zu schaffen, sollten Organisationen mit spezifischer Expertise dabei unterstützt werden, ihre zielgruppenspezifischen Maßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund auszubauen und weiterzuentwickeln. Dies würde u. a. auch bedeuten, dass Maßnahmen zur konkreten (auch juristischen) Unterstützung bei fremdenfeindlichen Erlebnissen erweitert werden.

Impulse für Unterstützungseinrichtungen und Behörden

Unterstützungseinrichtungen und Behörden sind wichtige Schnittstellen zwischen dem sozialen Sicherungssystem und den MigrantInnen selbst und spielen eine zentrale Rolle für die konkrete Inanspruchnahme von Sozialleistungen. Folgende Empfehlungen für Beratungseinrichtungen und staatliche Institutionen sind v. a. auf struktureller Ebene angesiedelt und sollen dazu dienen, mögliche Quellen von Verunsicherung in diesem Bereich zu reduzieren.

Das Spektrum der bestehenden Beratungsangebote in Österreich ist sehr umfassend, was als wichtiger Sicherheitsfaktor zu werten ist. Aus unterschiedlichen Gründen scheint das Angebot die Zielgruppen nicht immer zu erreichen. Anlaufstellen mit persönlichen Nachfragemöglichkeiten sowie eine kontinuierliche und längerfristige »Fallbetreuung« im Sinne eines Case Managements (verstanden als Planung, Koordination und Evaluierung bedarfsgerechter Hilfestellung) könnten dazu beitragen, die Gefahr von willkürlichen Handlungen und Entscheidungen zu reduzieren bzw. auch den subjektiven Eindruck der Willkür im Umgang mit öffentlichen Institutionen und Behörden sowie die damit verbundene Angst und Unsicherheit zu verringern.

Um das subjektive Sicherheitsempfinden von MigrantInnen zu verbessern, könnten zum Teil bereits stattfindende kulturspezifische Sensibilisierungsmaßnahmen ausgeweitet werden: Diese betreffen die Aus- und Weiterbildung von VertreterInnen der Exekutive sowie von anderen öffentlichen und staatlichen Einrichtungen. Darüber hinaus könnte eine verstärkte Rekrutierung von Menschen mit Migrationshintergrund für die Arbeit der Sicherheitskräfte, aber auch in anderen staatlichen Einrichtungen das Sicherheitsgefühl in der migrantischen und nicht migrantischen Bevölkerung verbessern. Auf diesem Weg wäre es möglich, Kommunikations- und allgemeine kulturelle Verständnisschwierigkeiten abzubauen bzw. ihnen vorzubeugen, so dass die Projektionsfläche für Fremdenfeindlichkeit durch konkrete Informationen reduziert werden kann.

7. Ausblick

Fremdenfeindliche Erfahrungen stellen eine erhebliche Belastung im Leben von Menschen mit Migrationshintergrund dar. Ein besonderes Risiko, diskriminierenden Handlungen ausgesetzt zu sein, besteht bei sichtbaren oder hörbaren Zeichen von »Fremdheit«. Aus der Analyse der Interviews mit Betroffenen geht hervor: Das Ausmaß der erlebten Unsicherheit, Angst und Bedrohung als Reaktion auf fremdenfeindliche Erfahrungen kann sich in einem beträchtlichen Ausmaß psychisch labilisierend auswirken, insbesondere wegen ihres häufigen Auftretens in nahezu allen Lebensbereichen. Dass MigrantInnen Fremdenfeindlichkeit in Österreich mitunter sogar als Bestandteil der Normalität und als alltäglich existent erleben, ist als alarmierender Umstand zu werten und belegt eine gewisse »Salonfähigkeit«. Handlungsmöglichkeiten für politische EntscheidungsträgerInnen bestehen sowohl in der Beeinflussung des politischen Diskurses – inklusive der klaren Ablehnung politischer Hetze – als auch auf struktureller Ebene in Form von konkreten Unterstützungsangeboten. Verantwortungsvolle und langfristige Handlungsentwürfe sind dringend erforderlich, um Unsicherheiten und Ängste von Menschen mit Migrationshintergrund zu reduzieren sowie eine gesellschaftliche Atmosphäre des Respekts und der Akzeptanz von Diversität vorzuleben und zu fördern.

Literatur

- Amnesty International (2009) *Österreich: Opfer oder Verdächtige – Eine Frage der Hautfarbe. Rassistische Diskriminierung im österreichischen Polizei- und Justizsystem* (Übersetzte Ausgabe des englischen Originalberichts). Wien.
- Braakmann, Diana u. a. (2009) *SALOMON. Entwicklung einer Forschungsmethodik zur Erfassung individueller und kollektiver Bedrohungswahrnehmungen von MigrantInnen*. Projektendbericht des Forschungsinstituts des Roten Kreuzes. Wien.
- Çinar, Dilek (1999) *Alter Rassismus im neuen Europa? Anmerkungen zur Novität des Neo-Rassismus*. In: Kossek, Brigitte (Hgin) *Gegen-Rassismen. Konstruktionen. Interventionen*. Hamburg, 55–72.
- Enzenhofer, Edith u. a. (2009) *SALOMON Next Step. Bedrohungswahrnehmung von MigrantInnen. Eine Studie im Rahmen der österreichischen Sicherheitsforschung*. Projektendbericht des Forschungsinstituts des Roten Kreuzes. Wien, verfügbar unter: http://www.roteskreuz.at/fileadmin/user_upload/LV/Wien/Metavigation/Forschungsinstitut/MitarbeiterInnen%20+%20Projektberichte/SALOMON%20Next%20Step%20Projektendbericht.pdf, 29.1.2010.
- Häcker, Hartmut/ Stapf, Kurt (1998) *Dorsch Psychologisches Wörterbuch*. Bern (13. überarbeitete Auflage).
- Heß, Ulrike (1996) *Fremdenfeindliche Gewalt in Deutschland: eine soziologische Analyse*. München/ Wien.
- Lazarus, Richard S. (1966) *Psychological Stress and the Coping Process*. New York.
- Lazarus, Richard S./ Folkman, Susan (1984) *Stress, Appraisal, and Coping*. New York, 117–139.
- Magiros, Angelika (2004) *Kritik der Identität. »Bio-Macht« und »Dialektische Aufklärung« – Werkzeuge gegen Fremdenabwehr und (Neo-) Rassismus*. Münster.
- Reinprecht, Christoph (2006) *Nach der Gastarbeit. Prekäres Altern in der Einwanderungsgesellschaft*. Sociologica. Bd. 9. Wien.
- Spielberger, Charles D. (1972) *Conceptual and Methodological Issues in Anxiety Research*. In: Spielberger, Charles D. (ed.) *Anxiety: Current Trends in Theory and Research*. New York, 481–484.

Ullrich, Peter A. (2009) *Integration in Österreich. Einstellungen, Orientierungen, und Erfahrungen von MigrantInnen und Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung*. Studie der GfK Austria GmbH. Wien.

Witzel, Andreas (2000) *Das problemzentrierte Interview* (25 Absätze). In: Forum: Qualitative Sozialforschung/ Forum: Qualitative Social Research, 1(1), Art. 22 (Online-Journal), verfügbar unter: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1132/2519> , 5. 4. 2009.

ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit (2009) *Grundsätze und Definitionen*, verfügbar unter: <http://www.zara.or.at/index.php/ueber-zara/grundsätze> , 4. 12. 2009.

Internetadressen

Amnesty International, Tätigkeitsberichte, verfügbar unter: <http://www.amnesty.at> .

ZARA, Rassismus Reports, verfügbar unter: <http://www.zara.or.at/index.php/beratung/rassismus-report> , 11. 10. 2009.

Kontakt:

diana.braakmann@sfu.ac.at

edith.enzenhofer@w.rotekreuz.at